

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نياشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Jörg Kronauer

03.04.2020

EU in der Krise

Kritik an »unsolidarischer« BRD aus besonders von Pandemie betroffenen Ländern wird lauter. Streit um »Corona-Bonds«



Kevin Schrief/Luftwaffe/dpa

Punktuelle Hilfe statt Solidarität: Am 28. März landete der Airbus A 310 der Bundeswehr mit Covid-19-Patienten aus Norditalien in Köln/ Wahn

Mit den Worten »Liebe deutsche Freunde« beginnt eine ganzseitige Anzeige, die am Dienstag in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschien. Unterzeichner waren die Bürgermeister von neun fast durchweg norditalienischen Städten, darunter Bergamo, Brescia und Milano, die Ministerpräsidenten zweier norditalienischer Regionen – der Emilia-Romagna und Liguriens, schließlich noch der für Italiens Nordosten ins Europaparlament gewählte Exwirtschaftsminister des Landes, Carlo Calenda. Als Vertreter des weltweit am schwersten von der Covid-19-Pandemie gepeinigten Gebiets wandten sie sich an die deutsche Öffentlichkeit mit der Bitte um Solidarität im Kampf

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

gegen die Krise. Konkret geht es um die Zustimmung zu den »Corona-Bonds«, die Italien helfen könnten, einen wirtschaftlichen Kollaps zu verhindern. »Euch Deutschen«, schrieben sie, sei »von vielen europäischen Ländern nach dem Krieg und bis zur Wiedervereinigung« große »Solidarität entgegengebracht« worden, nicht zuletzt etwa mit dem Londoner Schuldenabkommen von 1953, in dem die Schulden der Bundesrepublik halbiert und über lange Zeit gestundet worden seien: »Die Erinnerung hilft, die richtigen Entscheidungen zu treffen«.

Nur Rhetorik

Die Politik der Bundesregierung in der Coronakrise hat in mehreren EU-Staaten heftigen Unmut hervorgerufen, unter anderem in Frankreich (siehe »Die Maske ist gefallen«), vor allem aber in Italien. Es fing mit der Berliner Entscheidung an, am 4. März, fünf Tage nach der italienischen Bitte an die EU um Hilfslieferungen – Rom benötigte dringend Atemschutzmasken und weitere medizinische Schutzausrüstung –, einen nationalen Exportstopp für ebensolche Güter zu verhängen. Das ließ so manchen in Italien konsterniert zurück. Dann kam am 15. März die Ankündigung von Bundesinnenminister Horst Seehofer, am nächsten Tag die deutschen Grenzen weitgehend zu schließen. Unter dem Titel »Es war einmal Europa« reagierte die üblicherweise EU-freundliche Tageszeitung *La Repubblica* empört mit einem Abgesang auf die Union.

La Repubblica warnte am 15. März, dass in Berlin, der »Hauptstadt der hegemonialen Nation in Europa«, dem »Angelpunkt der ökonomischen und institutionellen Architektur, auf die die Union sich stützt«, jetzt entschieden worden sei, mit der Grenzschließung »einer nationalen Logik« zu folgen, anstatt sich darüber »mit den Partnern« abzustimmen. Das wiege schwer: Das neuartige Coronavirus habe »in wenigen Wochen die Illusionen hinweggefegt«, für die Schengen als Symbol der Freizügigkeit innerhalb der EU stehe. Bereits als Griechenland »um den Preis eines untragbaren sozialen Leidens saniert« worden sei, habe man »begriffen, dass in der Union eine starre Hierarchie existiert«, kommentierte die Zeitung. Nun zeige sich zudem, dass angesichts der Coronakrise Hilfslieferungen aus China kämen, nicht aber von den »misstrauischen europäischen Freunden«: »Das Virus hat die Heucheleien zertrümmert, es bleibt nur Rhetorik.«

Letzter Strohalm

Immer ätzendere, immer bitterere Kritik an der EU und ihrer deutschen Vormacht wurde unter dem Eindruck der Coronakrise in Italien laut. In Berlin begann man die Entwicklung

ernst zu nehmen. Am 20. März sandte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier seinem italienischen Amtskollegen Sergio Mattarella einen angeblich handschriftlich verfassten Brief, in dem er ihn verbal einer Sache zu versichern suchte, von der im echten Leben rein gar nichts zu sehen war: der »Solidarität meiner Landsleute« mit Italien in der derzeitigen »ungeheuer schweren Situation«. Am selben Tag traf in Italien eine kleinere Hilfslieferung aus Deutschland ein: medizinische Ausrüstung, darunter Beatmungsgeräte. Kurz darauf gelang es Berlin, immerhin 73 freie Betten in den Intensivstationen deutscher Krankenhäuser aufzutreiben, die nun für italienische Covid-19-Patienten zur Verfügung gestellt wurden. Außenminister Heiko Maas verkündete am 26. März im *Corriere della Sera* stolz: »EU-Solidarität ist das Gebot der Stunde«. Der für Europa zuständige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth, flötete einen Tag später gegenüber *Reuters*: »Europa ist wieder einmal besser als sein Ruf«.

Dumm nur für die Berliner PR-Strategen, die gerade Hoffnung schöpften, das Deutschlandbild in Italien doch noch retten zu können, dass jetzt der Streit um die »Corona-Bonds« kam, für die sich die Regierung in Rom mit aller Macht einsetzt. Das Bundeskabinett lehnt diese kategorisch ab und hat deren Einführung auf dem EU-Gipfel vergangene Woche blockiert. In Italien, wo man eine wohl noch schlimmere Wirtschaftskrise auf sich zurollen sieht als diejenige vor zehn Jahren und wo man die »Corona-Bonds« als vielleicht letzten Strohalm betrachtet, löste das einen Sturm der Empörung aus. »Das hässliche Europa«, titelte *La Repubblica* am vergangenen Freitag, während der *Corriere della Sera* warnte, »das europäische Projekt« sei vorbei, komme es nicht bald zur Einigung auf eine gemeinsame EU-Wirtschaftsstrategie gegen die Krise. »Ein feiges Europa« – eines, das die »Corona-Bonds« ablehnt – »wird vom Coronavirus überwältigt werden«, warnte der EU-Abgeordnete und einstige Präsident des EU-Parlaments, Antonio Tajani, am selben Tag auf Facebook: »Der masochistische Egoismus der Halsstarrigen«, derjenigen, die den am schlimmsten von der Krise Gebeutelten ihre Solidarität verweigern, »ist kurzsichtig und gefährlich für alle«. Die Lage ist für die EU wohl ernster denn je.

Junge Welt 02.04.2020